

1478/AB XXIV. GP

Eingelangt am 22.05.2009

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für europäische und internationale Angelegenheiten

Anfragebeantwortung

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Ewald Stadler, Kolleginnen und Kollegen haben am 27. März 2009 unter der Z1.1504/J-NR/2009 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Durchsetzung österreichischer Interessen auf Europäischer Ebene durch die Mitglieder der österreichischen Bundesregierung“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 14:

Ich verweise auf meine Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Zl. 1478/J-NR/2009 vom 25. März 2009. Eine detaillierte Beantwortung würde einen sehr großen Recherche- und Analyseaufwand mit sich bringen und ist daher aus verwaltungsökonomischen Gründen nicht möglich. Ich weise jedoch darauf hin, dass der Nationalrat von den zuständigen Mitgliedern der Bundesregierung in Entsprechung der Verpflichtung gemäß Art.23e Abs. 1 B-VG laufend und umfassend über alle Vorhaben im Rahmen der Europäischen Union (EU) informiert wird.

Festhalten möchte ich aber, dass mein Ressort auf Ebene der EU in zahlreichen Dossiers österreichische Interessen durchsetzen konnte:

Die Stabilisierung des westlichen Balkans ist für Österreich aus außen- und sicherheitspolitischer Sicht ein ganz besonderes Anliegen. Das traditionell starke Engagement meines Ressorts auf europäischer und internationaler Ebene wurde jüngst in Form der Ernennung von Botschafter Valentin Inzko zum Hohen Repräsentanten und EU-Sonderbeauftragten für Bosnien und Herzegowina erneut honoriert. In der Vergangenheit traten meine Amtsvorgängerin und ich immer für eine rasche, aber geregelte Heranführung der Staaten des Westbalkans an die EU ein. Beim Rat Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen (RAA/AB) am 8. Dezember 2008 konnte ich im Falle Kroatiens eine Beschlussfassung erreichen, mit der ein vorläufiger und mit Auflagen versehener Zeitplan für den Abschluss der kroatischen Beitrittsverhandlungen bis Ende 2009 festgelegt wurde. Mein Ressort hat sich auch erfolgreich für die neuen Rahmenabkommen der EU mit Albanien, Montenegro, Bosnien und Herzegowina und mit Serbien eingesetzt, die die Stellung österreichischer Unternehmen in diesen Ländern absichern und den Handel Österreichs mit dieser Region ganz konkret fördern. Besonders erwähnen möchte ich auch, dass Österreich im Rahmen der EU während des Kosovo-Statusprozesses eine ganz wesentliche Rolle spielte. Österreich war nicht nur Verhandlungsort, sondern stellte mit Botschafter Albert Rohan auch den stellvertretenden Sonderbeauftragten der Vereinten Nationen (VN) für den Kosovo.

Die Weiterentwicklung des humanitären Völkerrechts ist einer meiner außenpolitischen Schwerpunkte. Österreich, das seit Ende 2006 eine Vorreiterrolle im internationalen Prozess für ein Verbot von Streumunition eingenommen hat, gelang es die zunächst zurückhaltenden EU-Partner zu einem stärkeren Engagement in dieser Frage zu bewegen. Letztendlich kam es im Dezember 2008 zu einer gemeinsamen Forderung der Staats- und Regierungschefs der EU nach einer raschen Annahme eines Streumunitionsverbotsprotokolls im Rahmen der VN-Konvention über konventionelle Waffen.

Betreffend die österreichische Mitgliedschaft im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen lege ich großen Wert auf ein gemeinsames Vorgehen der EU-Mitglieder in Fragen von Frieden und Sicherheit. Dies bedeutet, dass Österreich bei den Debatten in New York zum einen das jeweilige EU-Engagement in den betroffenen Ländern, besonders bei Operationen der

Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, hervorhebt, zum anderen die Partner der EU über die aktuellsten Entwicklungen im Sicherheitsrat ständig informiert hält. So konnte ich beim RAA/AB am 18. Mai 2009 die Außenminister unmittelbar über Positionierung des Sicherheitsrats zur politischen und humanitären Lage in Sri Lanka informieren und die weitere Vorgehensweise diskutieren.

Hinsichtlich der österreichischen Anti-Atompolitik werde ich als Außenminister weiterhin allen Versuchen, Nuklearenergie als eine sichere und nachhaltige Energieform darzustellen, mit Nachdruck entgegentreten. Dies ist, insbesondere vor dem Hintergrund der laufenden Verhandlungen für ein Post-2012-Klimaabkommen, von höchster Bedeutung. Weiters wird mein Ressort die Sicherheitsdialoge im Rahmen der bilateralen Nuklearinformationsabkommen weiter aktiv fortsetzen, sowie die Einhaltung vereinbarter Schließungsverpflichtungen besonders problematischer Kernkraftwerke mit Nachdruck verfolgen. Mein Ressort tritt zudem weiterhin auf europäischer Ebene und global für strikteste Sicherheitsstandards für Nuklearanlagen ein.

Dem Donau- und Schwarzmeerraum kommt für mich ganz besondere außenpolitische Bedeutung zu. Beim Europäischen Rat im Juni 2009 werde ich mich bemühen, dass die gemeinsam mit meinem rumänischen Amtskollegen betriebene Initiative zur Entwicklung einer umfassenden Europäischen Donauraumstrategie in die Tat umgesetzt wird.

Grundsätzlich ist zu sagen, dass Österreichs Vertreterinnen und Vertreter in den Ratssitzungen und in den dem Rat vorgelagerten Gremien - wenn es aus österreichischer Sicht erforderlich und sinnvoll erscheint - Änderungsvorschläge einbringen, die gemeinsam mit Vorschlägen anderer Mitgliedstaaten verhandelt werden. Seitens der österreichischen Vertreter wird einem Gesamtergebnis jedenfalls nur dann zugestimmt, wenn dieses im Hinblick auf die bestehende österreichische Interessenslage im Sinne eines vernünftigen und akzeptablen Gesamtkompromisses tragbar ist. Im Bereich der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik wird die große Mehrheit der Beschlüsse im Konsens gefasst.

Zu Frage 15:

Ich verweise auf meine Beantwortung der parlamentarische Anfrage Zl. 1236/J-NR/2009 vom 10. März 2009. Darüber hinaus habe ich bis zum Anfragezeitpunkt auch an der Tagung des RAA/AB vom 16. März 2009 teilgenommen, wofür ich einen Linienflug um €620,50 in Anspruch genommen habe. Für diese Dienstreise ergeben sich Gesamtkosten von €661,90.